

## **Entwurf Protokoll des ABSP-Treffens am 21.7.2018 in Halle**

Anwesend:

Gießen, 2 x Göttingen, Gummersbach, Halle, Magdeburg, Wipperfürth, 2 x Zeitz

Beginn: 13:00 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

### **1. Formalia:**

Moderation: Göttingen

Protokoll: Halle

nach vorheriger Abstimmung Aktualisierung der Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Tagesordnung, Protokoll, Genehmigung letztes Protokoll), Inputrunde zu aktuellen bzw. regionalen Fragen
2. Bestandsaufnahme: Gesellschaftliche Diskussion Handlungsmöglichkeiten der Sozialproteste
3. Kampagne für Mindestrente – [www.rente-zum-leben.de](http://www.rente-zum-leben.de)
4. Kampf der Leiharbeit: Stand der Vorbereitungen für eine Kampagne gegen den Tarifvertrag Leiharbeit der DGB-Gewerkschaften
5. Weitere Themen der Sozialproteste: Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz (ArbZG)
6. Aktuelles

### **1. Formalia**

Die Tagesordnung wurde in TOP 5 konkretisiert.

Beim Protokoll vom 9.4.2018 soll um zwei Worte ergänzt werden, Punkt 4 erster Absatz ‚Das solidarische Grundeinkommen ... und ... wurden mit einem Input von Edgar und Thorsten behandelt.‘ Die Inputrunde ersetzte die nicht erforderliche Vorstellungsrunde.

Inhaltlich entsprach die Inputrunde dem geplanten TOP 2

### **2. Bestandsaufnahme: Gesellschaftliche Diskussion Handlungsmöglichkeiten der Sozialproteste**

Das politische Desinteresse der Masse der Beschäftigten und die Illusionen in den Sozialstaat auch für die Zukunft wurde angesprochen, auch der Streik um den Erhalt der Arbeitsplätze bei der Neuen Halberg Guss. Die Eigentumsfrage bei den Produktionsmitteln und Diskussionen über eine notwendige Vergesellschaftung derselben wird in der Gesellschaft unterdrückt.

Stattdessen werden die Verlierer der Gesellschaft so dargestellt, als müsse man ihnen durch Zwang in Beschäftigung helfen. Die Industrie 4.0 wird von der Masse als himmlische Erlösung aller sozialen Probleme gesehen und nicht als Anschlag auf das Recht auf Arbeit und kollektiven Besitz an Produktionsmitteln.

Die Koalition von der antikapitalistischen Linken und dem Forum demokratischer Sozialismus (FDS) auf dem Bundesparteitag der LINKEN hatte unsachliche Angriffe auf Sahra Wagenknecht geführt wegen ihrer Forderung nach einer vernünftigen Lösung der Flüchtlingskrise gegen die Forderung der antikapitalistischen Linken ‚offene Grenzen für alle‘.

Es gab im November 2017 schon klare Worte von Ulla Jelpke.

<https://www.praeger-fruehling-magazin.de/de/article/1400.kann-es-ein-linkes-einwanderungsgesetz-geben.html>

Im Mai 2018 gab es dann das Spargelzitat in einem Interview von Katja Kipping.

[https://www.deutschlandfunk.de/die-linke-vor-dem-parteitag-kipping-plaedierte-fuer.694.de.html?dram:article\\_id=419872](https://www.deutschlandfunk.de/die-linke-vor-dem-parteitag-kipping-plaedierte-fuer.694.de.html?dram:article_id=419872)

Zuwenig wird darauf hingewiesen, dass das deutsche Kapital durch die Kapital- und Rüstungsexporte Ursachen für Repression, Krieg und Hunger weltweit schafft.

Allein schon imperialistische Assoziationsabkommen führten zu Krisen und Kriegen.  
Positiv zu lesen <https://www.nachdenkseiten.de/?p=44163> insbesondere auch zur Leiharbeit.  
Eine Vertreterin des FDS war verantwortliche Landesministerin („Senatorin“) für 1.500  
Abschiebungen in Berlin im Jahr 2017.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/06/linke-bundesparteitag-breitenbach-wagenknecht-wutrede.html>

Auffällig ist die Übernahme von Halbwahrheiten der bürgerlichen Medien von großen Teilen der linken Kräfte und deren Verwendung gegen selbstkritische Kräfte in den linken Flügeln in Bewegungen und Organisationen.

In Halle sprach Hubertus Heil, Chef des BMAS als Festredner beim 1. Mai auf dem Marktplatz. Beim Sommerfest des DGB wurde ein Entwurf des geplanten Flyers gegen die Leiharbeit verteilt. Die Anträge zum Existenzminimum (Armutsgrenze) und für die Berücksichtigung des Mehrbedarfs von Erwerbstätigen wurden indirekt abgelehnt in der Geschäftsführung von ver.di Bezirk Sachsen-Anhalt Süd. Positiv wurden die Anträge zur Mindestrente und gegen die Tarifverträge in der Leiharbeit aufgenommen. Allerdings steht noch die ordentliche Einreichung für die Bezirkskonferenz aus.

Das Recht auf Wohnen als Menschenrecht wird immer mehr durch die Privatisierung kommunalen Eigentums gefährdet. So unterstützen die Kommunen ungewollt die aus dem Ruder gelaufenen Miethöhen mit ihren Zuschüssen. Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum muss ein zentrales politisches Thema werden.

Ein anderes Thema sind die arm und kaputt gesparten Kommunen.  
Die Situation in der Pflege ein weiteres.

Der Gesetzentwurf des BMAS zur sozialen Teilhabe könnte demnächst ein Thema von Widerständen werden, auffällig sind jetzt schon die Aktivitäten der Armutsindustrie.

Beim letzten Treffen wurde bemängelt, dass in den Protokollen die Sprache der Mächtigen und nicht die Sprache der Unterdrückten verwendet wird, die Sprache der Mächtigen fand sich auch in dem Entwurf eines Briefs an den DGB, welchen der Ko-Kreis aktuell erarbeitet, wieder. Dies wird berücksichtigt werden. Arbeiter sind keine Arbeitnehmer!

Während es um die Privatisierung von Bundeseigentum aufgrund der Widerstände relativ ruhiger geworden ist, ist die verstärkte Privatisierung kommunalen Eigentums zu erwarten, da dort der Widerstand i. A. zu gering ist und die Masse viel Gewinn erwarten lässt.

Wichtig ist die politische Bildung bei der Masse, dabei sollte der Konsens linker Kräfte genutzt werden, um der Propaganda des Kapitals zu begegnen. Die staatlichen Zuschüsse für politische Bildung dienen allein dem Kapital und die Nutznießer der Zuschüsse bremsen jegliche echte emanzipatorische Propaganda aus.

Jegliche politische Selbstaufgabe in den Gewerkschaften muss verhindert werden durch inhaltlichen und sachlichen Druck aus der Basis.

### **3. Kampagne für Mindestrente – [www.rente-zum-leben.de](http://www.rente-zum-leben.de)**

Es gibt einen neuen Flyer in einer mehr ansprechenden Papierqualität, mit einem eigenen Logo und auch in Farbdruck.

Neu ist die Unterstützung der Forderung durch den Seniorenaufstand, in welchem Senioren verschiedener DGB-Gewerkschaften aktiv sind. Einzelne Gewerkschaftsgruppen sind weiterhin aufgerufen, diesen Flyer mit zu unterzeichnen.

Neben dem Flyer der ‚Kampagne 600 € und 11 € Mindestlohn Lohnsteuerfrei‘ sollte der Flyer zur Mindestrente vorrangig verwendet werden, weil die Mindestrentendebatte mit einer vernünftigen Mindestrente und Mindestrentenhöhe enden sollte und nach wie vor aktuell und brennend ist.

Nebenbei werden dabei die Höhe der Armutsgrenze (Existenzminimum) und die Berücksichtigung des Mehrbedarfs von Beschäftigten im Steuerrecht im Fokus bleiben.

Die Anwesenden sind sich einig, dass das ABSP sich auf die Kampagne „Rente zum Leben“ konzentrieren sollte. <http://www.rente-zum-leben.de/>

(aktueller Flyer [http://www.rente-zum-leben.de/private/Mindestrente-jetzt\\_190418\\_08.pdf](http://www.rente-zum-leben.de/private/Mindestrente-jetzt_190418_08.pdf) und

Unterschriftenlisten)

Die Mindestrentenhöhe wird einen nicht unerheblichen Einfluss auf die spätere Preisentwicklung haben, v. a. bei den Grundnahrungsmitteln und bei den Mieten.

Aber der erhoffte relativ leichte Erfolg in der Mindestrentenkampagne wird das Bewusstsein stärken, dass es sich lohnt um Veränderungen zu kämpfen und zur Stärkung emanzipatorischer Kräfte führen. In der Diskussion kam die Problematik Wohnung als Grundrecht wieder zur Sprache.

Die Wuchermieten sind mittlerweile auch bei den Sozialwohnungen in vielen Städten die Regel, damit wird das Recht auf Wohngeld trotz der geforderten Mindestrentenforderung stark relativiert. Die Mieten der Sozialwohnungen werden immer mehr den Wuchermieten angepasst. Bei Genossenschaften müssen die Anteile schon vor dem Eintrag in die Warteliste eingezahlt werden, dadurch können sich Niedriglöhner dies kaum noch leisten.

Der Mietwucher wird noch zusätzlich verstärkt, wenn durch die kurzen Laufzeiten der Mietverträge von z.B. Studierenden nach jeder Vermietung die Mieten prozentual angehoben werden können.

Die künstliche Verknappung von Wohnraum ist ein zusätzliches Problem.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen werden auch teilweise von Personen verwaltet, die selbst die Gemeinnützigkeit kontrollieren, aber andererseits privatwirtschaftlich gewinnorientiert arbeiten.

Vertreter von Finanzämtern sind so am Gewinn ihrer gemeinnützigen Unternehmen beteiligt.

Viele Kommunen arbeiten Hand in Hand mit dem Filz zusammen. Durch Zuschüsse praktizieren sie die Privatisierung durch Verringerung eigener Investitionen.

Sinnvolle Forderungen sind:

Die Kommunen haben preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wenn nicht vorhanden, dann muss er geschaffen werden! (Die Lösung ist deren Problem!)

Im privaten Sektor dann die Forderung, dass durch Vermietung keine Gewinne erwirtschaftet werden dürfen und gegen das Menschenrecht auf Wohnen nicht verstoßen werden darf!

(Diese Forderung ist berechtigt, auch wenn wir die Gewinnmaximierung bei Immobilien wohl kaum stoppen können.)

Eine weitere Möglichkeit wäre die Wiedereinführung von Wohnungsämtern, die die Wohnungen verteilen. Leider wurden diese ausgegliedert und werden von der Armutsmafia selber betrieben.

Auch haben die Kommunen häufig ein Vorkaufsrecht und auf Grund dessen auch wesentlich mehr Rechte zur Lösung des Problems Stärkung des kommunalen Eigentums als sie vorgeben.

Siehe Allmende und Grundstücksverkehrsordnung (GVO)

<http://www.gesetze-im-internet.de/grdstvv/DDNR000730978.html>

#### **4. Kampf der Leiharbeit: Stand der Vorbereitungen für eine Kampagne gegen den Tarifvertrag Leiharbeit der DGB-Gewerkschaften**

Geplant wurde die Vorbereitung der Kampagne gegen die Leiharbeitstarifverträge:

- Klären der Mitunterzeichner des Briefes an die DGB-Gewerkschaftsführungen (Rhein-Main-Bündnis, Klartext.info, offen: Labournet, Tacheles und Bremer Daimler-Kollegen)
- Versenden des Briefes an die Adressen des DGB
- evtl. kein Abwarten der ersten Antworten seitens der angeschriebenen DGB-Organisationen
- Suchen von Erstunterzeichnern des Aufrufs (Organisationen und Einzelpersonen)
- evtl. erst später Veröffentlichung von Antworten (vom DGB)
- offizieller Start der Flyerverteilung und Unterschriftensammlung evtl. so früh wie möglich

Im Rahmen der Diskussion wurde das Gestrüpp von angeblichen Argumenten zur Befürwortung der Tarife in der Leiharbeit noch einmal besprochen.

Angeblich ohne TV nur gesetzlichen Mindestlohn in der verleihfreien Zeit, mit TV Leiharbeit höhere Bezahlung. Aber in der Realität Nichtanerkennung der Überstunden, bestenfalls noch teilweise Abgeltung der Überstunden. Selten Zahlung der Überstundenzuschläge. Statt Zahlung von TV-L tarifierten Stunden in der verleihfreien Zeit ist doch eher ein Feuern zu erwarten, derzeit ist dies im Wesentlichen die Regel.

Unsere Forderungen:

Statt Branchentarifzuschläge (BTZ) sofort Equal Pay, auch bei jedem Neueinsatz bei einem anderen Verleiher.

TV-L tarifizierter Urlaub, allerdings ohne BTZ, bei Neueinsatz oder Weitereinsatz kein Anwachsen der Ansprüche auf höherem BTZ. Aber der angestrebte höhere BTZ ist immer noch nicht vergleichbar mit Equal Pay.

Da Leiharbeiter nur eine Minderheit im Vergleich zur Stammbesellschaft darstellen, dürfte jede Gewerkschaft, die diese Minderheit vertreten möchte nach dem Tarifeinheitsgesetz keinerlei Rechte entwickeln (analog zu den gelben Gewerkschaften in der Vergangenheit) – mittlerweile muss die Gewerkschaft mindestens 40 % der Besetzung vertreten.

In der Leiharbeit wird es deshalb nach bundesdeutschem Recht kaum ein Streikrecht in den Entleihfirmen geben. Die Organisation von Streiks in den Verleihfirmen ist schwer von innen her zu erreichen, dies wäre ein wesentliches Argument für ein Verbot der Leiharbeit, da das Koalitionsrecht praktisch nicht umsetzbar ist wegen des Heuerns und Feuerns .

Die Leiharbeit an sich ist zu kompliziert, um das Für und Wider einfach abzuhandeln, ein vollständiges Verbot der Leiharbeit einzufordern, gleichzeitig gegen die Leiharbeitspraxis und die Werkverträge vorzugehen. Das im AÜG anerkannte Recht auf Equal Pay allerdings wäre derzeit leicht durchsetzbar durch ein Ende der Tarifverträge in der Leiharbeit. Und dies ist eine einfache Forderung, die wir stellen sollten.

Die alten und evtl. neuen Argumente der Einzelgewerkschaften werden noch einmal überprüft werden.

Halle: IG BAU, NGG und ver.di  
Gummersbach: IGM  
Göttingen: BCE und EVG  
nicht GEW und GdP

## **5. Weitere Themen der Sozialproteste:**

### **Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz (ArbZG)**

In Österreich 12 Stunden-Arbeitstag und 48 Stunden Arbeitswoche.

Entsprechende Ansätze auch in Deutschland, insbesondere im Pflegebereich (verbunden mit der Integration von Langzeitarbeitslosen bei einem Stundenlohn von 1,78 €-analog dem 1-€Job).

Überstunden müssen angewiesen werden, ansonsten entfallen die Überstundenzuschläge.

(Migranten aus Russland sollen im Pflegebereich für nur 5 €arbeiten.)

Die Armutsmafia organisiert die Arbeitsüberlassung unter dem Zeichen ihres Kreuzes im Rahmen des angeordneten Heimatschutzes wie einst die schwarzuniformierten Edeldeutschen mit ihren Runen.

## **6. Aktuelles**

nächstes Treffen in Göttingen oder Halle voraussichtlich am 22.9.2018